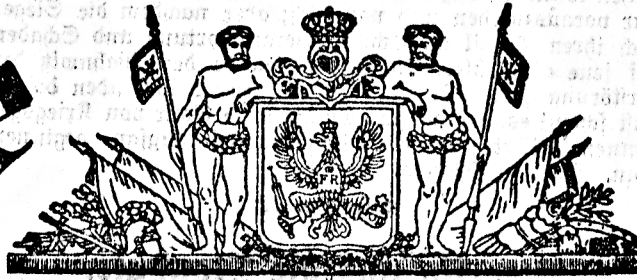


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

30 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Allgemeine Verlosungsliste, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 3 Mark und 66²/₃ % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Oberschlesische Abstimmung am 20. März.

Die interalliierte Verordnung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Mg. Breslau, 23. Februar.

Von der Interalliierten Kommission wird amtlich mitgeteilt: Durch Vorschritt der Interalliierten Regierungs- und Plebiszit-Kommission für Oberschlesien vom 23. Februar 1921 findet die Volksabstimmung für alle Stimmberechtigten am Sonntag, dem 20. März 1921, statt.

* London, 23. Februar. (Eigener Funkdienst.)

„Westminster Gazette“ sagt bei Besprechung der durch die Londoner Konferenz getroffenen Vereinbarungen über die Durchführung der Abstimmung in Oberschlesien, man habe den unangenehmen Eindruck empfangen, daß die Alliierten bezüglich Oberschlesiens andere Motive als die Herstellung eines gerechten Gleichgewichts zwischen den gegnerischen Stimmberechtigten haben. Die vorgebrachten Argumente seien ein Beweis dafür, daß die Entschädigungsansprüche der Alliierten von dem Ausgang der Abstimmung abhängen. Die Alliierten hätten erklärt, daß die Abstimmung der einzig richtige Weg zur Lösung dieser Frage sei. Man müsse unbedingt dafür sorgen, daß die Abstimmung vollkommen unparteiisch durchgeführt werde, und man hoffe zuversichtlich, daß die Abstimmungskommission sich ausschließlich von diesen Motiven leiten lassen werde.

Rücktrittsabsicht des polnischen Außenministers.

Paris, 23. Februar. (E. C.)

Der „Temps“ erklärt unter Vorbehalt, daß der polnische Außenminister Piłsudski seine Demission gegeben habe. Piłsudski sei mit der Entscheidung der Londoner Konferenz, die

Volksabstimmung in Oberschlesien an einem Tage stattfinden zu lassen, nicht einverstanden. Er werde seine Demission dem Marschall Piłsudski sofort nach seiner Rückkehr nach Warschau bekannt geben.

Mg. Breslau, 23. Februar.

General Le Rond hat Dppeln verlassen. Seine Abreise wird begründet mit dem Gesundheitszustand seiner Mutter, die ihn nach Frankreich berufen habe. (Nach einer Privatmitteilung wird zunächst mit einer etwa acht-tägigen Abwesenheit Le Ronds gerechnet. D. Red.)

Vertagung des Kupka-Prozesses.

Einforderung der Akten durch die Interalliierte Kommission.

Breslau, 23. Februar.

In dem am 24. Februar vor dem Schwurgericht in Beuthen stattfindenden Verfahren gegen den des Mordes an Leopold Kupka angeklagten Schlosser Myrzigil wird das Gericht die Verhandlung zwar eröffnen, aber dann eine Erklärung abgeben, daß die Akten am 22. Februar von dem Oberregierungsanwalt bei der Interalliierten Kommission eingefordert wurden mit der Begründung, es bestehe der Verdacht, daß die deutsche Justiz den Prozeß politisch ausnutzen werde. Der mit der Uebergabe der Akten betraute Staatsanwalt protestierte gegenüber dem Justizbeamten der Interalliierten Kommission wegen der Verdächtigung und erklärte, die Akten nur dem Zwange gehorchend auszuliefern. Da dieser Zwang tatsächlich angedroht wurde, erfolgte die Auslieferung. Die Interalliierte Kommission hat die 30 Zeugen und Sachverständigen telegraphisch abbestellt, so daß der Prozeß nach einer Erklärung des Gerichtshofes über die Akteneinforderung vertagt werden muß.

Sozialdemokraten und Regierungs- bildung.

Die Fraktionsstimmungen.

Die Verhandlungen über die einheitliche Koalitionsbildung im Reich und in Preußen sind im Fluß. Daß mit den Sozialdemokraten bereits am Dienstag Fühlung genommen worden ist, haben wir bereits berichtet. Oesterlin hat namens der Demokraten Abg. Schiffer mit dem Abg. Müller (Franken) als Vorsitzenden der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verhandelt. Dieser Besprechung vorausgegangen war eine Fraktionsstimmung der Demokraten, ihr gefolgt ist eine Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion, an der auch sämtliche sozialistische Reichs-, preußische Minister und der Parteivorstand teilgenommen haben. Diese gemeinsame Sitzung ist ausschließlich der Koalitionsfrage gewidmet gewesen. Eine endgültige Entscheidung ist gestern nicht gefallen, war auch nicht in Aussicht genommen, da erst die Stellungnahme der Landtagsfraktionen abgewartet werden soll. Man hört, daß hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion sich gegen ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ausgesprochen haben, daß aber die Meinung durchaus einheitlich war. In bezug auf das Reich wurde auf den Beschluß des letzten Parteitagtes in Rassel verwiesen, der den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten ein Zusammengehen mit der Volkspartei ausdrücklich verbietet, in bezug auf Preußen auf die Möglichkeit hingewiesen, die bisherige Koalition aufrecht zu erhalten, da sie über eine Mehrheit verfüge. Man wird den Gang der Verhandlungen mit den Landtagsfraktionen abwarten müssen, ehe man ein sicheres Urteil gewinnt. Daß eine Lösung der Koalitionsfrage im Laufe dieser Woche nicht zu erwarten ist, haben wir bereits festgestellt.

Gegen die englische Koalitionspolitik.

Eine politische Rede von Grey.

z. Kopenhagen, 23. Februar.

Wie „Berlingske Tidende“ aus London erfährt, griff Carl Grey gestern in einer Rede anläßlich eines Banketts des National Liberal Clubs die Regierungskoalition an, die für das Land nur schädlich sei. Die Zeit zur Rückkehr zur Parteipolitik sei nun gekommen. Die Koalition sei schuld an den Zuständen in Island, die niemals so unhaltbar geworden wären, wenn eine Partei die Macht hätte und eine andere die Opposition bildete. Grey erklärte, seiner Meinung nach würde ein herzliches Verhältnis zwischen Amerika und England jetzt mehr als alles andere zum Wohle der ganzen Welt beitragen.

Ein wirklich gutes Verhältnis zu Amerika sei jedoch unmöglich, solange die jetzigen Zustände in Island herrschen. Grey wandte sich gegen ein Bündnis mit Frankreich und äußerte sich dahin, daß die Zeit der großen Bündnisse vorbei sei, da diese Kriege nicht verhindern können, sondern im Gegenteil den Frieden bedrohen.

Der Gang nach London.

Beratung im Reichswirtschaftsrat.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat sich gestern mit der Vorberatung der heute auf der Tagesordnung der Vollversammlung stehenden Stellungnahme zu den „Pariser Beschlüssen“ befaßt. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde eine Verständigung über eine einheitliche Resolution erzielt. Die heutige Sitzung wird durch eine Rede des Reichsministers Dr. Simons eingeleitet. Es folgen Erklärungen der verschiedenen Gruppen, die im Reichswirtschaftsrat vertreten sind. Die Zahl der Redner ist auf sechs beschränkt. Darauf wird über die gestern vereinbarte Resolution abgestimmt.

Ueber die deutschen Gegenvorschläge äußert sich die „Germania“ in der Absicht, das gegnerische Mißtrauen möglichst zu entwerfen. Sie bezeichnet die Vorstellung, daß wir in nichts größeren Eifer entwickelten, als in dem Streben, uns den in Versailles übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtungen nach Möglichkeit zu entziehen, als eine Verkennung des ehrlichen Willens unserer Regierung.

„Können wir uns auch?“ so schreibt das Zentrumsblatt, „zur Not vorstellen, daß im deutschen Wirtschaftsleben hier und da solche Tendenzen denkbar wären — was wir keineswegs behaupten, aber im einzelnen Falle menschlich verständlich finden würden — so wissen wir doch die Regierung davon völlig frei! Sie hat nur den einen Willen, im Rahmen des Möglichen den Versailles-Vertrag auszuführen, und sie wird darum auch bei den entscheidungsschweren Entschlüssen in diesen Tagen sicherlich zu Gegenvorschlägen gegenüber den Pariser Forderungen kommen, die die äußerste Grenze deutscher Leistungsfähigkeit nach bestem Erkenntnis erfassen. Wäre es anders, so könnten wir ja überhaupt nicht mit gutem Gewissen nach London gehen.“

Deutschland werde nichts unversucht lassen, die Gegenseite von seinem besten Willen und damit von der Ueberflüssigkeit der sog. „Sanktionen“ zu überzeugen, die ja auch von den Alliierten als etwas Peinliches und Trennendes empfunden werden, wie schon aus der Tatsache hervorgehe, daß sie aus Höflichkeit oder Rücksicht auf begreifliche deutsche Gefühle in ihrer Pariser Note überhaupt nicht davon sprechen.

Die Sorgen der Sieger.

Von

S. Plant,

Beirater der „Vossischen Zeitung“.

* Tokio, im Januar.

Wenn die Bedeutung der auf dem Schlachtfelde gewonnenen Siege für das Schicksal eines Volkes bis in die allerjüngste Zeit von der Mehrzahl der Menschen gewaltig überschätzt worden ist, so ist das gewiß in erster Linie nicht bloß mangelnder Erkenntnisfähigkeit zuzuschreiben, sondern mehr noch der fast überall unter dem Schutze, wo nicht unter dem Druck der Regierungen in den Schulen verübten Geschichtsfälschung, die die jagreichen fürstlichen Heerführer zu Mittelpunkten der historischen Erzählungen machte. Daß der Weltkrieg diesen Uberglauben zum mindesten bei den Siegerstaaten nicht sofort würde stürzen können, war voraussehbar; aber allmählich wird es, wenn überhaupt Hoffnung auf einen Fortschritt der Menschheit bestehen darf, dazu kommen müssen.

Seit dem November 1918 sind reichlich zwei Jahre vergangen. Den ihm folgenden wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands konnten die Anhänger des alten Regimes noch der Revolution zuschreiben; aber inzwischen büßten auch sie einsehen, daß — ob Sieg oder Niederlage — der Krieg an sich die Schuld zu tragen hat. Wirtschaftliche Nöte überall in der Welt, auch bei den größten Kriegsgewinnlern. Und wo die Aussicht auf baldige Gesundung? Auf Ver-nunft? Nirgend! Nirgend auch der Mut zu offenem Eingestehen und zur Umkehr.

Japan, das seit dem Konflikt mit Rußland im Jahre 1904 im hohen Grade von englisch-amerikanischen Krediten abhängig war, hat den Weltkrieg, an dem es militärisch kaum beteiligt war, zunächst zu völliger Umwandlung seiner finanziellen Weltstellung benutzen können. Sein Kredit stieg, seine Währung stand höher und fester im Kurs als irgend eine andere, die Millionen seiner sogenannten Goldreserve schmolzen zu Milliarden an, und selbst England suchte japanische Kredite. Der größte Optimist hätte das vor dem Kriege nicht erwartet; aber vielleicht hätte auch der gleich große Pessimist nicht mit einer so gewaltigen Aufblähung des staatlichen Geldbedarfs gerechnet, wie er sich in den letzten Budgets gezeigt hat. Der Bedarf des Staates an sich, d. h. der Betrag, dessen er nicht für produktive, sondern für rein staatsverhaltende, den Staat, die staatliche Existenz, die staatliche Maschinerie erhaltende Zwecke bedarf oder zu stützen glaubt, ist so ungeheuerlich angewachsen, daß für sich fende Arbeit relativ, d. h. in Anbetracht der allgemeinen Teuerung, nicht so viel übrig ist, wie die bloßen Zahlen zu besagen scheinen. Andere Staaten können freilich dafür noch weniger aufwenden; aber die Tatsache, daß auch Japan, daß im Kriege so viel gewonnen hat, es nicht in dem Maße kann, wie man in den letzten Kriegsjahren und noch vor knapp einem Jahre erwartete, ist der beste Beweis für die enge wirtschaftliche Verknüpfung aller Teile der Welt, für die gegenseitige Abhängigkeit, die nicht mehr den einen auf Kosten der andern unehrlichmäßig viel gewinnen läßt.

Das japanische Budget für das Finanzjahr 1921-22, wie es dem Parlament vorgelegt wurde, balanciert mit dem für japanische Verhältnisse riesigen Betrage von 1 562 420 000 Yen, allein gegen das letzte Budget eine Steigerung um 227 187 000 Yen. Dabei ist bemerkenswert, daß die mit 902,9 Millionen angelegten ordentlichen Ausgaben eine Steigerung um 177,7, die 659,6 Millionen außerordentlichen eine Erhöhung um nur 49,4 aufweisen. (Alle folgenden Angaben in Millionen Yen.) Interessant ist ferner der Vergleich mit noch früheren Zeiten. Die gesamten Ausgaben schwollen vom Rechnungsjahr 1893-94 mit rund 84,6 Millionen in 10 Jahren auf 250 und in weiteren 10 Jahren auf 573,6 Millionen an.

Durch Steuern sollen 751 aufgebracht werden, darunter als Höchstbeitrag 268 (+ 86) durch die Einkommensteuer, 171 (+ 38) durch die Salz- (Reisbranntwein-) Steuer, 73,9 durch die Grundsteuer und 69,8 durch Zölle. Unter den sonstigen Einnahmen stehen an erster Stelle die Erträge von Regierungenunternehmungen und Staatseigentum mit 330, dann Post, Telegraph und Telephon mit 187 und Staatsmonopole mit 93,9 Millionen. Die außerordentlichen Einnahmen stammen aus einer Reihe von verhältnismäßig kleinen Posten. Herauszuheben sind aus Staatsanleihen 54 und die ebenfalls hier verbuchten 193 Millionen, die dem früheren Ueberfluß entnommen werden sollen.

In der Reihe der ordentlichen Ausgaben steht an der Spitze das Finanzministerium mit 223; es folgen Verkehr mit 207, Heer mit 183, Marine 144, Inneres 40,8, Unterricht 33,9 Millionen usw. Die weitaus größte Steigerung zeigt also das Verkehrsministerium. Das Bild verschiebt sich jedoch wesentlich, wenn man die außerordentlichen Ausgaben betrachtet. Dann steht an erster Stelle die Marine, die außer den oben genannten 144 noch 353,8 fordert, an zweiter Stelle das Heer mit 79,8.